

Er will die Oberstufe zum Testlabor machen

Schüpfen Markus Roos ist kein Pädagoge. Trotzdem will der Schüpfener das Bildungswesen revolutionieren: Im Rahmen des ersten nationalen Zukunftslabors will er die Oberstufe so umfunktionieren, dass die Schüler eigene Projekte umsetzen können.

Hannah Frei

Bildung muss anders gedacht werden. Davon ist Markus Roos überzeugt. Besonders an der Oberstufe hat der 56-Jährige aus Schüpfen einiges auszusetzen: Der Unterricht müsse viel offener ablaufen, sodass die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Ideen entwickeln könnten, früh lernen, was es braucht, um ein Projekt zu entwickeln und umzusetzen, und gleichzeitig bereits mit Unternehmen in Kontakt kommen.

Dabei ist Roos gar kein Pädagoge. Er ist ein Catalyst, einer, der als Katalysator Impulse geben soll, andere dazu ermutigen, aktiv zu werden. Catalysts wollen etwas verändern. Das klingt konkret, ist es aber nicht, zumindest nicht auf Anhieb.

Roos ist einer von 18 Teilnehmern des ersten Schweizer Zukunftslabors. Ein Projekt, bei dem nachhaltige Lösungen und Ansätze für die Zukunft umgesetzt werden sollen. Nachhaltigkeit ist hierbei nicht nur im ökologischen Sinne gemeint, sondern ebenso im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen. Es ist ein Projekt der Organisation Collaboratio Helvetica. Hintergrund des Labors sind die Nachhaltigkeitsziele der UNO-Mitgliedsstaaten, die bis 2030 erreicht werden sollen. Und die Catalysts sollen aus allen Ecken der Schweiz ihre Ideen aus dem lokalen Umfeld zusammenbringen, um dazu beizutragen, diese Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Konkret geht es um soziale Innovationen. «Konkret» – ein Wort, das in diesem Zusammenhang eine neue Definition verlangt. Denn die Catalysts haben keine konkreten Vorgaben, was sie am Ende des Projekts liefern sollen. Sie arbeiten während neun Monaten, die Ende September begonnen haben, immer wieder an ihren Ideen und versuchen, ein Netzwerk aufzubauen, um die Ideen bekanntzumachen und sie schliesslich umzusetzen.

Die essenzielle Kaffeepause

Was aber macht Markus Roos konkret? Er arbeitet zweimal pro Woche im Coworking-Raum Effinger in Bern. Ein Ort, an dem man einen ruhigen Arbeitsplatz

buchen kann. Im anliegenden Café gibt es leckere Getränke, man kennt sich, es riecht nach Holz. Es ist aber auch ein Ort, an dem Filmemacher, Pädagoginnen, Berater und Schreiner um 10 Uhr gemeinsam Kaffee trinken und sich über Gott und die Welt austauschen. Oder eben über ihre Ideen.

Für Markus Roos sind diese Pausen besonders wichtig. «Unsere Arbeit lebt vom Austausch», sagt er, während er sich den letzten Schluck aus seiner Kaffeetasse gönnt. Durch den Austausch könne man sein Netzwerk vergrössern und schliesslich die Fähigkeiten aller für eine Idee nutzen. Und um etwas so Grosses wie das Bildungssystem umzugestalten, müssten schliesslich alle an einem Strang ziehen und von den neuen Ideen erfahren, sagt Roos. Doch zuerst einmal müssten alle erkennen, dass eine Veränderung notwendig sei. Laut dem Schüpfener ist sie das seit Langem.

Zu wenig selbstständig

Heute seien die meisten Schülerinnen und Schüler nach ihrer Schulzeit nicht genügend selbstständig. Es herrsche eine Konsumhaltung, die eben nicht zur Nachhaltigkeit beitrage, auch nicht auf dem Arbeitsmarkt. «Nach der Schulzeit müssen viele von ihnen erst einmal wieder laufen lernen, um das Leben bestreiten zu können. Das darf nicht sein.» Man nehme ihnen in der Schule die Selbstständigkeit, die sie in den Jugendjahren eigentlich aufzubauen versuchten.

Oft höre er von ehemaligen Schülerinnen und Schülern, dass ihre Schulzeit verlorene Zeit gewesen sei. «Wenn ich dies höre, muss ich sagen, dass etwas gewaltig schief läuft», so Roos. Das Bildungssystem passe einfach nicht mehr mit der heutigen Arbeitswelt zusammen. In Zeiten der Industrialisierung, in denen es vor allem darum gegangen sei, den Kindern lediglich Wissen zu vermitteln, habe dies vielleicht noch gepasst. Heute aber müsse die Schule mehr tun können.

Wie müsste die Oberstufe denn aussehen, dass sie von keinem Schüler mehr als verlorene Zeit wahrgenommen wird? Laut

Roos müssen zum einen die Eltern wieder mehr Verantwortung übernehmen. So, dass neben ihren Kindern auch sie die Schulzeit weniger als Pflicht und mehr als Bereicherung wahrnehmen. Sie sollen sich melden, wenn sie Verbesserungspotenzial sehen, und man solle ihnen den Freiraum geben, ihre Ideen einzubringen.

Zum anderen sollten laut Roos die Lehrpersonen anders geschult werden. «Sie sollen nicht weiterhin als Projektoren vor der Wandtafel stehen und Wissen weitergeben, sondern gemeinsam mit den Schülern Projekte ausarbeiten und als Lernmoderatoren handeln». Dies könne man beispielsweise in einem Probierlabor umsetzen. Ein Ort, an dem sich die Schülerinnen und Schüler frei entfalten können und eigene Projekte ausarbeiten. Die Lehrperson würde dann nur den Hilfen anbieten, die sie wirklich benötigen. Quasi ein Versuchslabor, um all das auszuprobieren, was die Schüler später im Berufsleben ohne Schonfrist machen müssen. Sei es ein Buch schreiben, ein Start-

«Nach der Schulzeit müssen viele Schüler erstmals wieder laufen lernen.»

Markus Roos, einer der 18 Teilnehmer des nationalen Zukunftslabors

Up gründen oder eine Gruppe leiten.

Mit dieser Form könnten sich die Schüler und die Lehrer wieder auf Augenhöhe begegnen, ist Roos überzeugt. Dadurch würden sowohl die Lehrer als auch die Schüler wieder mehr Wertschätzung voneinander erhalten.

Von der Post zur Bildung

Doch was erlaubt es Markus Roos, das Bildungssystem so zu kritisieren und neu denken zu wollen, ohne eine pädagogische Ausbildung abgeschlossen zu haben? Berührungspunkte zum Bildungswesen habe es in seinem Leben viele gegeben. Roos war lange Zeit in leitender Funktion in der Schulkommission in Schüpfen und setzte sich dort für ausserschulische Projekte ein.

Zudem hörte er direkt von seinem Sohn, dass dieser vieles aus seiner Schulzeit als verlorene Zeit bezeichnete. Er habe sich im Unterricht gelangweilt. Innerhalb der regulären Schule habe es jedoch keine passenden Strukturen für ihn gegeben, die seine Begabung mit genügend Freiraum gefördert hätten. «Wir sa-

hen, dass es schwierig werden könnte, wenn wir unseren Sohn weiterhin in den regulären Unterricht schicken würden», sagt Roos. So wechselte der Junge ans Freie Gymnasium Bern und lernte in seiner Freizeit Computersprachen. Nach zwei Jahren ging er ans reguläre Gymnasium Neufeld in Bern, studierte anschliessend Informatik und arbeitet heute für Google. Für Roos ist klar, dass die Talente seines Sohns auf dem regulären Schulweg weniger hätten gefördert werden können.

Roos selbst hat Jahrzehnte lang bei der Post gearbeitet, machte als Jugendlicher die Lehre zum Betriebssekretär, besuchte die Verkehrsschule in Biel. Später arbeitete er sich hoch zum Projektleiter, betreute internationale Kunden und machte Projekte mit den Lehrlingen – bis er aus gesundheitlichen Gründen etwas verändern musste. Er nahm sich 2015 eine Auszeit, sechs Wochen in Magliaso im Tessin. «Dort wurde mir klar: Wir müssen etwas an unserem Bildungssystem ändern.»

Er gründete die Beratungsfirma Maro Consulting. Roos war stets interessiert an der Unternehmensführung. Daran, wie Zusammenarbeit gut gelingen kann. Und die Basis dafür legt laut ihm die Schule. 2016 gründete er mit einigen Partnern den Verein Thes-Effinger, und zog im Effinger in Bern ein. Dieser Verein organisiert Events für den neutralen Austausch von Bildungsinteressierten und hilft dabei, Räume zu schaffen, um die Bildung anders zu denken.

Im August wurde sein Traum wahr: Fünf Jugendliche zwischen 13 und 15 Jahren besuchen im Effinger eine Oberstufe ohne Schule, den Raum des Co-Learnings Bern. Sie werden von einer Lernmoderatorin begleitet, bestimmen jedoch weitgehend selbst, an welchen Projekten sie arbeiten wollen.

Die Idee eines solchen Probierlabors möchte Roos im Rahmen des Zukunftslabors nun auch in andere Orte in der Schweiz «exportieren», zuerst Räume schaffen und lokal ins Gespräch kommen. Und daraus soll im besten Fall ein neues Modell der Oberstufe entstehen. Irgendwann. Wenn die Zeit dafür reif ist.



Markus Roos arbeitet zweimal pro Woche im Coworking Effinger in Bern für das Zukunftslabor. AIME/HEI

«Starkes Zeichen für Meinungsäusserungsfreiheit»

Biel Der Bieler Stadtrat will keine Kosten auf Veranstalter von Demonstrationen überwälzen, bei denen es zu Gewalttaten kommt. Er kommt damit einem Entscheid des Bundesgerichts zuvor.

Seit dem 1. Januar ist im Kanton Bern das neue Polizeigesetz in Kraft. Drei Artikel sind aber noch am Bundesgericht hängig. Dabei geht es um verdeckte Ermittlungen, um einfachere Wegweisung von Fahrern – und um die Überwälzung von Polizeikosten auf Demonstrationsveranstalter, wenn diese über keine Bewilligung verfügen oder grobfahrlässig gegen Auflagen verstossen. Letzteres wird in linken Kreisen als massive Einschränkung der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit angesehen.

Die Befürchtung: Können Gemeinden Polizeikosten von bis zu 30 000 Franken auf Veranstalter übertragen, wenn es an einer Demonstration zu Gewalt an Personen oder Sachen kommt, steigt das Risiko, dass lieber auf eine Kundgebung verzichtet wird. Diese Sorge teilt auch Biels Stadträtin Lena Frank (Grüne). Sie will deshalb den Entscheid des Bundesgerichts nicht abwarten und forderte zusammen mit Peter Heiniger (PdA), Glenda Gonzalez (PSR) und Miro Meyer (Juso) im Stadtparlament, dass Biel darauf verzichtet, die Polizeikosten weiter zu verrechnen. Und tatsächlich: Der Stadtrat hat die Motion vergangene Woche angenommen.

In Biel sind Demonstrationen, bei denen es zu einer Gewalteskalation kommt, selten. Darauf hat

auch der Gemeinderat in seiner Motionsantwort hingewiesen: In Biel, schreibt er, sei es seit mehreren Jahrzehnten mit Ausnahme von Sportveranstaltungen nie zu bemerkenswerten Gewaltausbrechungen gekommen. Dies ganz im Gegensatz zur Bundeshauptstadt, wo es immer wieder zu Zwischenfällen bei Demonstrationen kommt. Die Bieler Stadtregierung hält die Sanktionsmöglichkeiten, die das neue Polizeigesetz vorsieht, aber ungeachtet der Häufigkeit von gewalttätigen Demonstrationen für verhältnismässig.

So findet der Gemeinderat, dass ein Verzicht auf die Verrechnung von Polizeikosten ein falsches Signal wäre: Potenzielle Gewalttäter müsse klar sein, dass Gewaltanwendung Konsequenzen nach sich ziehe. Er verweist

zudem auf die hohen Hürden für die Überwälzung der Polizeikosten. Der Gemeinderat ist überzeugt: Die friedliche Ausübung demokratischer Rechte bliebe wie bis anhin ohne jegliche Sanktionen möglich. Die Regierung beantragte dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Frank und ihre Mitstreiter hatten jedoch andere Pläne. Sie wollten sich nicht auf einen Prüfauftrag einlassen, «der dann sowieso nichts ändern würde». Dass die Motion im Rat durchkommt, daran, so Frank, habe sie aber nicht geglaubt. Der Mehrheitsentscheid fiel denn auch denkbar knapp aus: Der Vorstoss wurde mit 23 zu 22 Stimmen angenommen. Der Gemeinderat wird nun eine entsprechende Änderung des Ortspolizeireglements erarbeiten müssen. Sehr zur Freude der Motionärin-

nen: «Das ist ein starkes Zeichen für die Meinungsäusserungsfreiheit», sagt Frank.

Und es ist auch ein Zeichen in Richtung Bern: In der Bundeshauptstadt wurde bereits 2018, noch bevor das Polizeigesetz an der Urne klar angenommen wurde, eine Motion mit derselben Forderung eingereicht. Diese wurde vom Stadtparlament aber noch nicht behandelt.

Biel ist Bern also für einmal vorgekommen. Ob die Forderung Bestand haben wird, ist aufgrund des äusserst knappen Entscheids aber unklar: Der Stadtrat wird noch über die Änderung des Ortspolizeireglements befinden müssen. Dass dies noch in dieser Legislatur geschehen wird, ist mit Blick auf den hängigen Bundesgerichtsentscheid unwahrscheinlich. Lino Schaeren

Nachrichten

BIEL

Unterführung drei Monate verspätet

Gemäss Zeitplan hätte die zweite Unterführung des Bahnhofs Biel im Dezember in Betrieb genommen werden sollen. Es ist aber zu einer Verzögerung gekommen, wie SBB-Mediensprecher Raffael Hirt auf Anfrage sagte. So habe die Treppe zur Unterführung, die schon vor längerer Zeit erstellt worden ist, nicht den Vorgaben entsprochen und müsse erst angepasst werden. Die SBB gehe momentan davon aus, dass dies bis Ende März erledigt sein werde. Die dritte Unterführung, die im Gespräch ist, sei im Stadium der Machbarkeitsprüfung. Die Finanzierungsfrage sei noch nicht geklärt, zum Realisierungszeitpunkt könne noch nichts gesagt werden. bk